

Strafanzeige gegen Scholz wegen Mord

linus102@t-online.de

Gesendet: Mittwoch, 8. Dezember 2021 10:23

Bis: linus102@t-online.de

An den
Generalbundesanwalt
Brauerstr. 30

76135 Karlsruhe

01.12.2021

Strafanzeige gegen

Angela Merkel
Olaf Scholz
Jens Spahn
Karl Lauterbach
Markus Söder
Winfried Kretschmann
und andere Personen

wegen

V. a. organisierte Kriminalität

V. a. schwere und gefährliche Körperverletzung und Mord gem. § 211 StGB
und andere Delikte

Anschriften

1)

Angela Merkel, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin

2)

Olaf Scholz, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1. 11011 Berlin

3)

Jens Spahn, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1. 11011 Berlin

4)

Karl Lauterbach, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1. 11011 Berlin

5)

Markus Söder, Ministerpräsident von Bayern

Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

6)

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Straße 15, 70184 Stuttgart

Vorwort

Im Zentrum der Strafanzeige steht die Corona-Politik der Angezeigten. In der Begründung der Strafanzeige wurde die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 19.11.2021 über mehrere Verfassungsbeschwerden, welche sich gegen Restriktionen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gewendet haben, berücksichtigt, die Entscheidung steht der Strafanzeige nicht entgegen.

Denn die Strafanzeige bezieht sich auf neuen Sachverhalt, welcher nicht Inhalt der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts war. Zum Beispiel liegen neue tragfähige Erkenntnisse über die Bedrohung durch Coronaviren vor, welche nicht Inhalt der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts waren und welche einwandfrei beweisen, dass Coronaviren nicht oder nicht wesentlich gefährlicher sind als wie die üblichen Influenzaviren.

Auch verhält es sich so, dass Vakzine gegen Coronaviren unter Missachtung der üblichen Sicherheitsvorschriften infolge Notzulassung (USA) und einem „beschleunigten Verfahren“ (EU) auf den Markt geworfen wurden, weshalb eine Impfung zu unkalkulierbaren Risiken führt an Langzeitschäden zu erkranken oder zu versterben.

Deshalb sind die Restriktionen, welche die Angezeigten der Bevölkerung zur Durchsetzung einer allgemeinen Impfpflicht aktuell auferlegen bzw. auferlegen wollen um die Bevölkerung zugunsten von Pharmazie-Aktionären zur Duldung der hochriskanten Impfmassnahmen zu nötigen, nicht verhältnismässig und gleichzeitig rechtswidrig und verfassungswidrig.

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erstatte ich Strafanzeige gegen Angela Merkel und die anderen oben genannten Personen wegen Verdacht auf organisierte Kriminalität, schwere und gefährliche Körperverletzung und Mord gem. § 211 StGB.

Die Angezeigte war im Zeitraum von 2005 bis 2021 Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland. Nach der Bundestagswahl am 26.09.2021 hat die Angezeigte die Entlassungsurkunde erhalten und ist derzeit noch bis zur Ernennung eines Nachfolgers geschäftsführend im Amt. Der Angezeigte zu Ziff. 2 war von 2018 bis 2021 Vizekanzler und ist in dieser Funktion derzeit ebenfalls noch geschäftsführend im Amt.

Der Strafanzeige liegt zugrunde, dass die Angezeigte und ihr Vize in Zusammenarbeit mit ihren Ministern, öffentlich-rechtlichen Sendern und anderen Komplizen zugunsten von Pharmazie-Aktionären Falschinformationen über eine (angeblich) hohe Gesundheitsgefährdung durch Coronaviren streuen und zum Nachteil der Bevölkerung seit März 2020 amtsmissbräuchlich einen Lockdown und andere restriktive Massnahmen betreiben um die Bevölkerung zu einer Impfung mit gesundheitsschädigenden Substanzen zu nötigen und weil die Angezeigten in diesem Kontext Impfschäden/Gesundheitsschäden und den Tod ihrer Opfer im Sinne des Dolus Eventualis billig in Kauf nehmen.

Die angeblich brandgefährlichen neuen Viren waren im Jahr 2019 erstmals in Wuhan (China) aufgetreten und verbreiteten sich Anfang 2020 rasch in alle Himmelsrichtungen.

Die inzwischen vorliegenden demographischen Daten von Staaten, welche keinen Lockdown beschlossen haben, zeigen einwandfrei, dass ein Lockdown und andere restriktive Massnahmen, welche die Angezeigten angeordnet hatten, nicht erforderlich sind und auch nicht erforderlich waren. Denn in Schweden, Belarus (Weissrussland) und Brasilien sind im Corona-Jahr 2020 nicht mehr Menschen verstorben als wie in den vorangegangenen Jahren.

Hierzu wird unten im Text unter Absatz 2 unter Beweisantritt vorgetragen werden.

Der milde Verlauf in den oben genannten Staaten, welche keinen Lockdown verhängt hatten, zeigt, dass die Einschätzung des medienbekanntesten Stanford-Professors John Ioannidis zutreffend war, welcher schon im Frühjahr 2020 die Auffassung vertreten hatte, dass Coronaviren nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher sind als wie die üblichen Influenzaviren und dass ein Lockdown nicht erforderlich ist.

Deshalb hatten Herr Ioannidis und zahlreiche andere renommierte Wissenschaftler die Auffassung vertreten, dass es ausreichend ist gefährdete Personengruppen (hochaltrige und schwerkranke Menschen) durch geeignete Massnahmen zu schützen bis die Restbevölkerung infolge natürlicher Ansteckung Herdenimmunität erlangt hat. Denn Infektionen mit Coronaviren gefährden im Wesentlichen nur hochaltrige und schwerkranke Menschen und verlaufen bei jüngeren Menschen meistens unbemerkt oder führen nur zu schwachen Symptomen.

Im Jahr 2020 waren noch keine Impfstoffe gegen Corona-Viren vorhanden. Deshalb kann der milde Verlauf der Corona-Pandemie im Jahr 2020 in den oben genannten Staaten nicht auf die erst im Jahr 2021 angelaufene weltweite Impfkampagne zurückgeführt werden. Für den Fall, dass Coronaviren tatsächlich erheblich gesundheitsschädigender wären als wie Influenzaviren, dann hätten in den oben genannten Staaten im Corona-Jahr 2020 erkennbar mehr Menschen versterben müssen als wie in den vorangegangenen Jahren, was nicht der Fall war.

Die Angezeigte und ihre Komplizen begründen die restriktiven Massnahmen (mit welchen die Angezeigten und ihre Komplizen die Bevölkerung zur Impfung nötigen) mit zweifelhaften Modellrechnungen von Institutionen und Personen, welche schon seit vielen Jahren von dem Impfstoff-Fabrikanten Bill Gates und anderen Impfstoffherstellern cofinanziert werden wie zum Beispiel die WHO (Weltgesundheitsorganisation) und die Virologen Neil Ferguson (Imperial College, London) und Christian Drosten (Charité Berlin) undsoweiter.

Hierzu wird unten im Text unter Absatz 3 ebenfalls unter Beweistritt vorgetragen werden.

Spätestens dann, nachdem die (harmlosen) Todesraten der oben genannten Staaten, welche keinen Lockdown beschlossen hatten, aus dem Jahr 2020 vorlagen, hätten die Angezeigte und ihre Komplizen die restriktiven Massnahmen beenden müssen.

Stattdessen wollen die Angezeigte und ihre Komplizen eine allgemeine Impfpflicht beschliessen.



Olaf Scholz will Bevölkerung gewinnbringend vergiften

Besonders verwerflich ist, dass die Angezeigte und ihre Komplizen die Bevölkerung zur Impfung nötigen, obwohl die Impfstoffe unter Missachtung der üblichen Sicherheitsvorschriften infolge Notzulassung (USA) und einem Beschleunigten Verfahren (Europäische Union) auf den Markt geworfen wurden und keine Langzeiterfahrungen zu Risiken und Nebenwirkungen vorliegen.

Auch beklagen immer wieder geimpfte Personen, dass Hausärzte Hinweise auf Nebenwirkungen ohne gebotene kunstgerechte Untersuchung willkürlich als unwahrscheinlich bezeichnen und diese anscheinend nicht dokumentieren.

Alleine schon die nachweisliche Tatsache, dass in den oben genannten Staaten, welche keinen Lockdown verfügt haben, im Corona-Jahr 2020 keine erhöhte Sterberate aufgetreten ist, zeigt, dass ein Lockdown und eine Impfpflicht nicht erforderlich sind. Es ist vollkommen ausreichend die von Herrn Ioannidis erwähnten Risikogruppen durch geeignete Massnahmen zu schützen und diesen einen Impfstoff anzubieten.

Es wird Antrag gestellt Ermittlungen in Bezug auf alle in Betracht kommenden Delikte und Personen aufzunehmen. Vorsorglich wird Antrag gestellt die Immunität der angezeigten Personen aufzuheben, falls diese sachdienlichen Ermittlungen entgegenstehen sollte. Es wird Antrag gestellt die Unterzeichnerin über das Ergebnis der Ermittlungen zu informieren. Im Fall von Unklarheiten wird darum ersucht der Unterzeichnerin die Möglichkeit einzuräumen ergänzend vorzutragen.

Im Einzelnen wird wie folgt vorgetragen

Index

1. Die kriminellen Methoden der Pharma-Industrie
2. Pandemie-Verlauf in Schweden, Belarus, Brasilien
3. Gates, Pfizer und Co. finanzieren WHO, Drosten, Ferguson
4. Fehlinformationen von Presse, Rundfunk, Fernsehen
5. Strafbares Verhalten der Angezeigten, Impfwang
6. Grüne, Krankenmord als Parteiprogramm
7. CDU/CSU, Krankenmord als Parteiprogramm

1. Die kriminellen Methoden der Pharma-Industrie

Schon seit Jahren schürt die Pharma-Industrie in Zusammenarbeit mit kriminellen Wissenschaftlern, Journalisten und Politikern immer wieder Panik vor angeblich neuen brandgefährlichen Seuchen, um die Weltbevölkerung zum Impfen zu nötigen (Vogelgrippe, Schweinegrippe undsoweiter). Die Täter nehmen in diesem Zusammenhang billig in Kauf, dass die Impfstoffe zu schwerwiegenden Gesundheitsschäden führen können und auch geführt haben, wie zum Beispiel in Schweden im Jahr 2009 im Zusammenhang mit der angeblich brandgefährlichen Schweinegrippe, welche ebenso wie die vorangegangene und angeblich ebenfalls brandgefährliche Vogelgrippe lediglich ein Konstrukt war, welches dazu nützlich war Pharmazie-Aktionäre und zahlreiche Schmiergeldempfänger in den weltweiten Redaktionsstuben der Mainstream-Medien und in den weltweiten Regierungssesseln zu bereichern.

In beiden Fällen zeigte sich relativ rasch (und bevor die geplante gewinnbringende weltweite Impfkampagne richtig auf Touren kam), dass die angeblich brandgefährlichen Vogelgrippeviren und die angeblich brandgefährlichen Schweinegrippeviren harmlose Viren waren. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Pharma-Industrie die Impfstoffe bereits gewinnbringend an zahlreiche Staaten verkauft, welche die Impfstoffe dann vernichtet haben.

Die bereits verimpften Vakzine gegen das angeblich brandgefährliche Schweinegrippevirus hatten in Schweden und in mehreren anderen Staaten zu diesem Zeitpunkt leider schon zu zahlreichen Gesundheitsschäden geführt, siehe hierzu den verlinkten Bericht im Deutschen Ärzteblatt im Text unten

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/63356/Grippeimpfung-Wie-Pandemrix-eine-Narkolepsie-ausloest>

Die von der Pharma-Industrie und ihren Marionetten in den weltweiten Redaktionsbüros im Jahr 2019 ausgerufenen und angeblich ebenfalls brandgefährlichen neuartigen Coronaviren (SARS-CoV-2) waren erstmals Ende 2019 in Wuhan (China) aufgetreten und verbreiteten sich seit Anfang 2020 von dort aus rasch über die Welt.

Coronaviren sind bereits seit den Sechzigerjahren des 20. Jahrhunderts bekannt. In Abstrichen von Patienten, welche an Influenza (Grippe) erkranken, sind oftmals auch Coronaviren enthalten. Die Krankheitssymptome (Atembeschwerden, Fieber usw.) wurden in den letzten Jahrzehnten den Influenzaviren zugerechnet, die Coronaviren wurden als harmlos betrachtet. Influenzaviren und Coronaviren verändern regelmässig ihre Form. Deshalb bringen Pharmazie-Hersteller jedes Jahr neue Influenza-Impfstoffe auf den Markt.

Coronaviren verursachen nahezu identische Symptome wie die üblichen Influenzaviren. Coronaviren gefährden im Unterschied zu Influenza-Viren im Wesentlichen nur hochaltrige und schwerkranke Patienten. Deshalb ist eine Coronavirus-Erkrankung (Covid-19) mit Pandemien der vergangenen Jahrhunderte wie zum Beispiel der Pest oder der Cholera nicht einmal im Ansatz vergleichbar.

Dennoch erklärte die von Herrn Gates cofinanzierte WHO die Coronavirus-Erkrankung mit dem "neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2" am 11.03.2020 zur Pandemie und behauptete, dass die Erkrankung zu einer Todesrate von 3,4 Prozent führen würde, falls keine staatlichen Massnahmen zur Eindämmung der Ansteckung mit Coronaviren ergriffen würden.

Zeitgleich behauptete der ebenfalls von Herrn Gates und den Pharmazie-Unternehmen Pfizer und Johnson & Johnson cofinanzierte britische Epidemiologe Neil Ferguson, dass alleine in

Grossbritannien mehr als 500.000 Menschen sterben würden, falls die britische Regierung keinen Lockdown verfügen würde.

Die unsinnigen Prognosen der WHO und von Herrn Ferguson, welche dazu nützlich waren die Weltbevölkerung in Panik zu versetzen und einen weltweiten Lockdown zu provozieren, sind inzwischen längst widerlegt. Tatsächlich liegt die Sterberate von SARS-CoV-2 zirka in der Größenordnung von Influenzaviren bei zirka 0,05 Prozent.

Beweise:

<https://www.zuercher-presse.com/coronavirus-ist-es-weniger-gefaehrlich-als-bislang-angenommen/>

Zeugnis von Herrn Professor Joannidis

Anschriften

1. Stanford

Medical School Office Building, 1265 Welch Rd, Room X306, Stanford, California 94305

2. Berlin

Berlin Institute of Health, Anna-Louisa-Karsch-Straße 2, 10178 Berlin

Nachdem sich die oben genannten Prognosen der WHO und von Herrn Ferguson nicht bestätigt hatten, haben diese die Behauptung erhoben, dass die Sterberate nachfolgend nur deshalb so niedrig ausgefallen wäre, weil die meisten Regierungen im Frühjahr 2020 den von Herrn Ferguson verlangten Lockdown beschlossen hatten.

Beweis:

Zeugnis von Herrn Professor Ferguson

Anschrift

Imperial College London, South Kensington Campus, London SW7 2AZ

Bei diesen Sachdarstellungen handelt es sich ersichtlich um haltlose Schutzbehauptungen. Denn in den oben genannten Staaten, welche keinen Lockdown verfügt hatten, waren die Todesraten im Corona-Jahr 2020 (als noch kein Impfstoff vorhanden war) nicht höher als wie im üblichen Verlauf der vorangegangenen Jahre, siehe hierzu die Sachdarlegungen unten im Text unter Absatz 2.

2. Pandemie-Verlauf in Schweden, Belarus, Brasilien

Die Sterberate in Schweden, Belarus und Brasilien war im Corona-Jahr 2020 nicht höher als wie in den vorangegangenen Jahren; in Schweden und in Belarus war die Sterberate im Jahr 2020 sogar niedriger als wie im Jahr 2019.

Die Sterberate bzw. Todesrate definiert die Anzahl von Sterbefällen pro 1000 Einwohner.

Für Schweden wird für 2020 eine Sterberate von 9.145 angegeben, damit liegt die Sterberate unter dem Wert aus dem Jahr 2019 (9.165).

<https://www.macrotrends.net/countries/BLR/sweden/death-rate>

Auch in Belarus war die Sterberate im Corona-Jahr 2020 mit 12.557 niedriger als wie im Jahr 2019 (12.560)

<https://www.macrotrends.net/countries/BLR/belarus/death-rate>

In Brasilien war die Sterberate im Jahr 2020 mit 6.588 im Vergleich zum Vorjahr (6.503) minimal erhöht. Ein Vergleich mit den vorangegangenen Jahren zeigt aber, dass die geringfügige Erhöhung dem üblichen Verlauf in Brasilien entspricht.

<https://www.macrotrends.net/countries/BRA/brazil/death-rate>

Der oben genannte demographische Verlauf zeigt klar, dass Coronaviren nicht bedrohlicher sind als wie die üblichen Inflenzaviren. Denn andernfalls hätten die angeblich brandgefährlichen Coronaviren in Staaten, welche keinen Lockdown beschlossen hatten, zu einer erheblichen Zunahme der jährlichen Todesfälle führen müssen. Stattdessen zeigen die demographischen Daten teilweise sogar einen Rückgang der Sterbefälle im Corona-Jahr 2020 (als noch kein Impfstoff vorhanden war)

Daran zeigt sich einwandfrei, dass der von der Pharma-Industrie und ihren Marionetten betriebene Hype um das Coronavirus (ebenso wie der vorangegangene Hype um das angeblich brandgefährliche Schweinegrippevirus) eine Luftnummer ist.



Robert Habeck ist eine Marionette der Pharma-Industrie

Zwar kam es in Schweden nach Beginn der Corona-Krise im Frühjahr 2020 in zahlreichen Seniorenwohnheimen zu vermehrten Sterbefällen von Patienten, deren Abstrich eine Corona-Infektion zeigte. Der Tod der Patienten war allerdings nicht darauf zurückzuführen, dass Schweden auf einen Lockdown verzichtet hatte, sondern beruhte darauf, dass in den schwedischen Pflegeheimen Unterfinanzierung und Personalmangel vorherrschen. Viele Pflegekräfte erhalten nur befristete Arbeitsverträge, weshalb diese auch dann arbeiten, wenn sie erkranken. In dieser Folge wurden von infizierten Pflegekräften Krankheitskeime in Pflegeheime hineingetragen. Bei den Verstorbenen handelte es sich im Wesentlichen um hochaltrige und schwerkranke Patienten, welche nur noch eine geringe Lebenserwartung hatten und auch ohne Corona-Infektion verstorben wären.

Aufgrund der Zunahme von Sterbefällen in Seniorenwohnheimen hatte die schwedische Regierung Schutzmassnahmen in Seniorenwohnheimen und Pflegeeinrichtungen gegen Corona-Infektionen beschlossen, daraufhin hatte sich die Sterberate in den Seniorenheimen wieder normalisiert.

Die vorübergehende erhöhte Anzahl von Sterbefällen in den schwedischen Seniorenwohnheimen beruhte demnach nicht darauf, dass Schweden keinen Lockdown beschlossen hatte, sondern war im Wesentlichen auf die Unterfinanzierung und fehlende Schutzmassnahmen in den schwedischen Seniorenwohnheimen zurückzuführen.

Nachdem 2021 erste Impfstoffe auf den Markt kamen, haben sich zahlreiche Schweden inzwischen vorsorglich impfen lassen, die Impfquote in Schweden (67,9 Prozent) ist nahezu identisch mit der Impfquote in Deutschland (68,49 Prozent/ Stand 19.11.2021).

Im Unterschied zu Deutschland versterben in Schweden allerdings kaum noch Patienten im Zusammenhang mit einer Corona-Infektion, was zu der Annahme führt, dass zahlreiche Schweden im Corona-Jahr 2020 auf natürliche Weise (Ansteckung) Herdenimmunität erlangt haben.

Die oben genannten demographischen Daten zeigen anschaulich, dass Coronaviren nicht bedrohlicher sind als wie die üblichen Grippeviren.

In den eingangs erwähnten drei Staaten (Schweden, Belarus, Brasilien) herrschen normale gesellschaftliche Verhältnisse vor. Risikogruppen (hochaltrige und schwerkranke Menschen) werden durch geeignete Massnahmen geschützt. Der Einzelhandel, Bars, Cafés, Restaurants und Schulen und andere öffentliche Einrichtungen haben geöffnet. Lediglich im Zusammenhang mit dem Besuch von Grossveranstaltungen müssen Schweden einen Impfpass vorlegen.

Aus den oben genannten Gründen sind ein Lockdown und eine allgemeine Impfpflicht und andere restriktive Massnahmen in Deutschland und in anderen Staaten nicht erforderlich und waren es auch nicht. Denn andernfalls hätte die Sterberate in den oben genannten Staaten im Corona-Jahr 2020 erkennbar über der Norm liegen müssen, was nicht der Fall war.

Lediglich hochaltrigen und schwerkranken Menschen und Beschäftigten in Krankenhäusern und Pflegeheimen sollte ein Impfangebot unterbreitet werden, nachdem inzwischen Impfstoffe vorliegen.

Natürlich sollten auch andere Personen die Möglichkeit erhalten sich impfen zu lassen, wenn diese nach einer aussagefähigen Risikoauflärung über mögliche Nebenwirkungen und/oder Langzeitschäden eine Impfung wünschen und zwar alleine schon aus psychischen Gründen. Denn die ständige Panikmache der Angezeigten und der Mainstream-Medien haben anscheinend zu einer weiträumigen Verunsicherung in der Bevölkerung geführt, wie zahlreiche Kommentare in den sozialen Medien zeigen.

3. Gates, Pfizer und Co. finanzieren WHO, Drosten, Ferguson

Die WHO ist keine unabhängige Einrichtung, sondern wird zu rund 80 Prozent von privaten Personen und Institutionen finanziert. Zu diesen zählen der Impfstoffhersteller Bill Gates und andere Pharmazie-Unternehmen wie zum Beispiel die Impfallianz Gavi, welche ebenfalls von Herrn Gates cofinanziert wird.

An der Spitze der Sponsoren steht Herr Gates.

Beweis: Pressebericht, Link

<https://www.tagesschau.de/faktenfinder/who-finanzierung-101.html>

Auch das britische Imperial College (an welchem Herr Ferguson beschäftigt ist) wird von Herrn Gates cofinanziert und zwar teilweise unmittelbar von der Bill und Melinda Gates Stiftung sowie zudem von anderen Organisationen und Stiftungen, welche teilweise ebenfalls von Herrn Gates cofinanziert werden wie zum Beispiel die oben genannte WHO

Zudem wird das Imperial College von der Organisation Path cofinanziert

Beweis: Website des Imperial College, Link

<http://www.imperial.ac.uk/vaccine-research-network/funding/>

Path wird von den Impfstoffherstellern Pfizer und Johnson & Johnson cofinanziert. Pfizer und Johnson & Johnson zählen ebenso wie Herr Gates unmittelbar zu den Nutznießern der von Herrn Ferguson betriebenen Panikmache und des von Herrn Ferguson geforderten Lockdowns, welcher weltweit Milliarden Menschen in bittere Armut und Not und in den Tod getrieben hat um diese zum Impfen zu nötigen,

Beweis: Website von path.org, Link

<https://www.path.org/partner-invest/corporations/>

Auch der deutsche Virologe Christian Drosten und seine Kollegen von der Berliner Charité werden von Herrn Gates cofinanziert. Herr Drosten zählt ebenfalls zu den pharmazieloyalen Virologen, welche Panik schüren um die Bevölkerung zum Impfen zu nötigen.

In dem unten verlinkten Podcast räumte Herr Drosten ein, dass seine Forschungen von Herrn Gates cofinanziert werden.

<https://www.ndr.de/nachrichten/info/16-Coronavirus-Update-Wir-brauchen-Abkuerzungen-bei-der-Impfstoffzulassung,podcastcoronavirus140.html>

Besonders verwerflich ist, dass Herr Drosten sogar verlangt hat, die normalen Sicherheitsvorschriften bei der Herstellung von Impfstoffen gegen Coronaviren zu missachten.

Im Zusammenhang mit dem Hype um die angeblich brandgefährliche Schweinegrippe hatte Herr Drosten die Panik wie folgt geschürt:

Zitat, Süddeutsche Zeitung vom 17.05.2010

„Drosten rief dringend dazu auf, sich gegen die Schweinegrippe impfen zu lassen. "Bei der Erkrankung handelt es sich um eine schwerwiegende allgemeine Virusinfektion, die erheblich stärkere Nebenwirkungen zeitigt als sich irgendjemand vom schlimmsten Impfstoff vorstellen kann."

Zitatende

<https://www.sueddeutsche.de/wissen/schweinegrippe-die-welle-hat-begonnen-1.140006>

Die deutschen Apotheker hatten die Bedrohung durch die Schweinegrippe weniger drastisch

bewertet als Herr Drost

<https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/daz-az/2009/az-25-2009/hoechste-alarmstufe-fuer-schweinegrippe>

obwohl die WHO im Zusammenhang mit der Schweinegrippe die höchste Alarmstufe sechs ausgerufen hatte um Panik zu schüren

4. Fehlinformationen von Presse, Rundfunk, Fernsehen

Die Angezeigte zu Ziff. 1 ist in der DDR aufgewachsen, der Vater der Angezeigten Horst Kasner stand in persönlichen Beziehungen zum DDR-Regime. Anscheinend lernte die Angezeigte damals, wie die Bevölkerung mithilfe der Medien manipuliert werden kann.

Bereits nämlich im Zusammenhang mit der oben genannten Schweinegrippe hatten die Mainstream-Medien die Bevölkerung in Zusammenarbeit mit der WHO und Herrn Drost und Herrn Ferguson (und der Angezeigten) monatelang mit Fehlinformationen und Schaumschlägereien bombardiert um die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen, wie die unter Absatz 3 zitierten Ausführungen von Herrn Drost in der Süddeutschen Zeitung und andere Presseberichte zeigen wie zum Beispiel ein Bericht in der Zeitschrift Spiegel vom 12.05.2009

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/schweinegrippe-forscher-befuerchten-zehnmal-hoehere-zahl-von-infektionen-a-624285.html>

Nach Ausrufen der angeblich brandgefährlichen neuen Corona-Erkrankung durch die Mainstream-Medien (welche im Winter 2019/2020 erstmals in China für Schlagzeilen sorgte) kam es im Frühjahr 2020 in Grossbritannien und in Italien infolge einer Grippewelle zu zahlreichen Todesfällen, welche von pharmazieloynalen Politikern und „Wissenschaftlern“ und den Mainstream-Medien in Corona-Tote umgedeutet wurden. Zu diesem Zweck wurden alle Verstorbenen, deren Abstrich Coronaviren zeigte, offiziell zu Corona-Toten erklärt und zwar unabhängig davon, welche Erkrankung zum Tod geführt hatte.

Die britische Zeitung Telegraph zitierte den italienischen Medizinprofessor Walter Riccardi am 23.03.2020 in diesem Zusammenhang wie folgt,

Zitat

"Die Art und Weise, wie wir Todesfälle in unserem Land kodieren, ist sehr großzügig in dem Sinne, dass alle Menschen, die in Krankenhäusern mit dem Coronavirus sterben, als an dem Coronavirus sterbend gelten.

Nach einer Neubewertung durch die italienische nationale Gesundheitsbehörde haben nur 12 Prozent der Sterbeurkunden eine direkte Ursache für das Coronavirus gezeigt, während 88 Prozent der verstorbenen Patienten mindestens eine Prä-Morbidität aufweisen - viele hatten zwei oder drei, sagte er./

The way in which we code deaths in our country is very generous in the sense that all the people who die in hospitals with the coronavirus are deemed to be dying of the coronavirus. On re-evaluation by the National Institute of Health, only 12 per cent of death certificates have shown a direct causality from coronavirus, while 88 per cent of patients who have died have at least one pre-morbidity - many had two or three," he says."

Zitatende

<https://www.telegraph.co.uk/global-health/science-and-disease/have-many-coronavirus-patients-died-italy/>

Herr Riccardi ist wissenschaftlicher Berater des italienischen Gesundheitsministers und war bis 2019 Präsident der nationalen Gesundheitsbehörde.

Mit denselben lächerlichen und irreführenden Methoden rechnen die Angezeigte und ihre Komplizen auch in Deutschland die Sterbezahlen der sogenannten angeblichen Corona-Toten hoch um eine Begründung für die von der Pharma-Industrie verlangte allgemeine Impfpflicht zu konstruieren,

Zitat, Pressebericht vom 14.11.2021

"In den vergangenen Wochen hatten auch die Krankenhäuser über eine gestiegene Zahl vollständig geimpfter Intensivpatienten berichtet. Das LGL betonte indes, dass die Zahlen mit Vorsicht interpretiert werden müssten: Als Corona-Todesopfer zählt, wer mit dem Virus infiziert war. Das bedeutet aber nicht, dass Corona auch unbedingt die Todesursache ist. Die Mehrzahl der Corona-Toten sind 80 und älter, dementsprechend litten viele auch an anderen Krankheiten. Einer Auswertung der Todesfälle nach Vorerkrankungen ist jedoch laut LGL nicht möglich."

Zitatende

https://www.t-online.de/nachrichten/panorama/id_91140956/covid-19-viele-corona-tote-in-bayern-waren-vollstaendig-geimpft.html?fr=operanews

Auch handelt sich um eine medienbekannte Tatsache, dass die Angezeigte und ihre Komplizen im RKI (Robert-Koch-Institut) unter anderem auch Unfallopfer und Patienten, welche infolge von Krebserkrankungen oder Kreislauferkrankungen oder anderen Krankheiten versterben, in Corona-Tote umdeuten, um die Bevölkerung zum Impfen zu nötigen.

Schon im Mai 2020 berichtete das Deutsche Ärzteblatt, dass Obduktionen gezeigt hatten, dass zahlreiche angebliche Corona-Tote nicht aufgrund einer Corona-Infektion, sondern aufgrund von anderen Krankheiten verstorben waren und dass die Sachdarstellungen und Bewertungen des RKI auf oberflächlichen und unzutreffenden Befunden beruhen,

Zitat

„Es zeigte sich, dass diese exakten Untersuchungen [Anm. Obduktionen] an Toten genaue Daten liefern, die in einer summarischen und oberflächlichen Erfassung von COVID-19-Toten nicht zutage treten. Diese Analysen sind geeignet, einen Gegenpol zu den dramatisierenden Darstellungen in den öffentlichen Medien zu bilden.

Durch die Bilder von Toten, von überlasteten Notaufnahmen, von langen Reihen von Särgen oder Großtransporten in Militärfahrzeugen sowie auch Massengräbern, welche aus Ländern wie China, Italien, Spanien, USA, Brasilien verbreitet wurden, und die Präsentation nackter Sterbeziffern werden Angst, Hysterie und Panik geschürt, die bei dieser Virusinfektion im hiesigen Kontext stark übertrieben scheinen.

<https://www.aerzteblatt.de/archiv/214070/Umgang-mit-Corona-Toten-Obduktionen-sind-keinesfalls-obsolet>

In Italien führen Grippewellen in Krankenhäusern immer zu katastrophalen Zuständen, weil in

Italien nur 8,4 Krankenhausbetten für 100.000 Einwohner zur Verfügung stehen.

Zum Beispiel berichtete die italienische Zeitung "Salute et Benessere" am 11. Oktober 2017, dass damals in Italien 15.000 bis 18.000 Patienten aufgrund von Influenza gestorben waren

https://www.ansa.it/canale_saluteebenessere/notizie/medicina/2017/10/11/influenzaricciardi-15-18mila-morti-tra-anziani-scorso-anno_fe9187f4-a314-4753-bb09-cedb7d79d1f7.html

Auch damals wurden die Krankenhäuser von einem Patienten-Tsunami überschwemmt, was damals aber niemanden interessierte, weil die italienischen Krankenhäuser in der Wintersaison immer überlastet sind. Erst dann, als die Pharma-Industrie beschlossen hatte eine weltweite Impfkampagne gegen Coronaviren loszutreten, wurden die elenden Verhältnisse in den italienischen Krankenhäusern instrumentalisiert um die Weltöffentlichkeit in Angst und Schrecken vor den angeblich brandgefährlichen neuen Coronaviren zu versetzen.

Nachdem die von Herrn Gates instruierte WHO im März 2020 Corona-Erkrankungen dann zudem zur Pandemie erklärt hatte, hatten weltweit zahlreiche Staaten einen Lockdown beschlossen.

Hierbei wurde von der deutschen Regierung und anderen Regierungen nicht berücksichtigt, dass die Überlastung der Krankenhäuser in Grossbritannien und in Italien in der Grippezeit zum Normalfall zählt, weil die Regierungen in Grossbritannien und in Italien die Krankenversorgung jahrelang heruntergewirtschaftet haben, was zu fehlenden Krankenhausbetten, fehlendem Personal und katastrophalen Zuständen führte.

Auch die deutschen Mainstream-Medien, welche reisserisch über die desolaten Verhältnisse in den Krankenhäusern in Grossbritannien und in Italien berichtet hatten, haben gegenüber der Öffentlichkeit verschwiegen, dass die katastrophalen Verhältnisse in den britischen und italienischen Krankenhäusern nicht primär den angeblich brandgefährlichen neuen Coronaviren geschuldet waren, sondern aufgrund der in Grossbritannien und Italien vorherrschenden Unterfinanzierung im Gesundheitswesen in der Grippezeit den Normalfall darstellen.

Auch haben die deutschen Medien verschwiegen, dass in Rom trotz der angeblich brandgefährlichen Corona-Pandemie erstaunlicherweise keine höhere Sterberate festzustellen war als wie in den Vorjahren.

In diesem Kontext kann einem Bericht in der italienischen Zeitung Il Messaggero vom 15. April 2020 entnommen werden, dass die Zahl der Todesopfer in Rom im März 2020 nicht höher war als wie in den Vorjahren, obwohl die Medien die Leser und Fernsehzuschauer im März 2020 wochenlang mit Berichten und Bildern bombardierten, welche suggerierten, dass die angeblich brandgefährlichen Coronaviren in Italien ganze Städte entvölkern würden.

Zitat / Übersetzung

"In Rom starben im März 2018 2.783 Menschen, im März 2019 2.721, im März 2020 2.721, das heisst im letzten Monat 2.753. Wie ist das möglich? Die Coronavirus-Epidemie hatte bereits begonnen, und in Latium gibt es bereits 300 Todesfälle. In der Hauptstadt scheinen die Zahlen jedoch etwas anderes zu sagen. Experten sagen: Wir sprechen über eine Tragödie, unter Druck stehende Krankenhäuser, sogar junge Opfer und den Schmerz vieler Familien in Rom und Latium, aber wenn man sich die Zahlen ansieht, sind andere Faktoren zu berücksichtigen: unter den Todesfällen durch Covid-19 gab es wahrscheinlich auch Patienten mit bereits fortgeschrittenen Pathologien, die brutal gesagt, leider sowieso gestorben wären und daher die endgültige Berechnung auf statistischer Ebene nicht ändern. /

A Roma nel marzo del 2018 sono morte 2.783 persone, nel marzo del 2019 2.721, nel marzo del 2020, vale a dire il mese scorso, 2.753. Come è possibile? L'epidemia del coronavirus era già cominciata, nel Lazio siamo già a 300 decessi. Eppure, sulla Capitale i numeri sembrano raccontare altro. Spiegano gli esperti: stiamo parlando di una tragedia, di ospedali sotto pressione, di vittime anche giovani e del dolore di molte famiglie a Roma e nel Lazio, ma se si guardano i numeri ci sono altri fattori che vanno considerati: tra i decessi da Covid-19 probabilmente vi erano anche pazienti con patologie già avanzate che, detto in modo brutale, purtroppo sarebbero morte comunque e dunque a livello statistico non mutano il conto finale."

Zitatende

https://www.ilmessaggero.it/roma/news/coronavirus_roma_pandemia-5172541.html

Der Angezeigten und dem deutschen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn waren die schon seit Jahren bestehenden desolaten Verhältnisse in der britischen und in der italienischen Krankenversorgung ohne Zweifel bekannt.

Zum Beispiel handelt es sich um eine allgemein bekannte Tatsache, dass die Briten mit Ablauf des 31.01.2020 aus der Europäischen Union ausgetreten waren, weil Grossbritannien jedes Jahr gigantische Mitgliedsbeiträge an die EU zahlen musste, als Grossbritannien noch EU-Mitglied war. Diese Steuergelder, welche die britische Regierung in das schwarze Loch der Europäischen Union werfen musste, fehlten in Grossbritannien dann in der Krankenversorgung und in anderen sozialen Bereichen.

Deshalb hätten die Angezeigte und ihre Komplizen die katastrophalen Verhältnisse in den Krankenhäusern in Grossbritannien (und in Italien) im Frühjahr 2020, welche auf der vorangegangenen jahrelangen Unterfinanzierung der Krankenversorgung beruhten, nicht zum Anlass nehmen dürfen in Deutschland ebenfalls einen Lockdown zu beschliessen.

Die Angezeigte zu Ziff. 1 unterhält schon seit vielen Jahren Beziehungen zu Herrn Gates, wie unter anderem ein Photo von Herrn Gates und der Angezeigten aus dem Jahr 2008 in Berlin zeigt

<https://www2.pictures.gi.zimbio.com/Merkel+Meets+Bill+Gates+S68-vDzkGEUx.jpg>

Deshalb wussten die Angezeigte und ihre Minister, dass die WHO in erheblichem Umfang von Bill Gates finanziert wird und keine neutrale Institution darstellt.

Auch wusste die Angezeigte, dass Herr Ferguson und Herr Drosten zugunsten der Pharma-Industrie mithilfe ihrer Schaumschlägereien immer wieder weltweite Impfkampagnen provozieren wie zum Beispiel in den Jahren 2009/2010 im Zusammenhang mit der Schweinegrippe.

Die treibende Kraft hinter der Panikmache in Deutschland war die Angezeigte zu Ziff. 1. Nachdem die Angezeigte für den Kauf von Schweinegrippe-Vakzinen 130 Millionen Euro Steuergelder an die Pharma-Industrie verschoben hatte, zeigte sich, dass der Impfstoff gesundheitsschädigende Nebenwirkungen hatte und dass die Schweinegrippeviren harmlos waren. Daraufhin wurde der teure Impfstoff vernichtet. Auch in zahlreichen anderen Staaten wurde der Impfstoff verbrannt.

<https://www.stern.de/panorama/wissen/mensch/schweinegrippe-impfstoff-wird-vernichtet-130-millionen-euro-landen-im-brennofen-3442134.html>

Nach demselben Muster haben die Angezeigte und ihre Komplizen im März 2020 Coronaviren

zu einer tödlichen Pandemie erklärt und haben einen Lockdown und andere restriktive Massnahmen beschlossen um die Bevölkerung zur Impfung zu nötigen und haben anderslautende Lehrmeinungen willkürlich missachtet.

Unter Absatz 1 wurde bereits vorgetragen, dass der Stanford-Professor John Ioannidis und sein Team die Prognosen von Herrn Ferguson und der WHO aufgrund ihrer eigenen Studien bereits im April 2020 als unrealistisch einstufen und dringlichst von einem Lockdown abgeraten hatten, nochmals

Beweis:

<https://www.zuercher-presse.com/coronavirus-ist-es-weniger-gefaehrlich-als-bislang-angenommen/>

Die Angezeigte zu Ziff. 1 und ihr Gesundheitsminister wussten ohne Zweifel, dass Herr Joannidis weltweit als führender Experte in den Bereichen Epidemiologie und Statistik bekannt ist. Denn Frau Merkel und Herr Spahn zählten zu den Teilnehmern bzw. Rednern des 11. World Health Summit in Berlin vom 27.10.2019 bis zum 29.10.2019. Zu den Rednern zählte ebenfalls Herr Ioannidis.

<https://www.worldhealthsummit.org/media/press-releases/2019/press-invitation-october-17-2019.html>

Deshalb wusste die Angezeigte, dass Herr Ioannidis weltweit führend in den Fachbereichen Epidemiologie und Statistik ist und in Berlin eine Dependance unterhält.

Denn wenige Monate vor Beginn der Corona-Krise hatte Herr Ioannidis in Berlin auf Ersuchen des BIH (Berlin Institute of Health) eine Filiale des Stanforder Meta-Research Innovation Centers (METRICS) eröffnet, welche ebenfalls von Herrn Ioannidis geleitet wird (METRICS Berlin).

Auch andere renommierte Wissenschaftler hatten öffentlich, zum Beispiel in der sogenannten Great Barrington Declaration, von einem Lockdown abgeraten

Dennoch folgten Frau Merkel und ihre Komplizen blind den Schaumschlägereien und Forderungen der WHO, Herrn Gates, Herrn Drosten und Herrn Ferguson wie schon zuvor im Zusammenhang mit der Schweinegrippen-Pandemie.

5. Strafbares Verhalten der Angezeigten, Impfzwang

Aufgrund der wissenschaftlichen Feststellungen von Herrn Ioannidis und anderen renommierten Wissenschaftlern, welche schon frühzeitig auf die Harmlosigkeit von Coronaviren und auf die schwerwiegenden Folgen eines Lockdowns für die Bevölkerung hingewiesen hatten (und welche nicht zu den Marionetten von Herrn Gates zählen wie Herr Ferguson und Herr Drosten) hätten die Angezeigte und ihre Komplizen keinen Lockdown betreiben dürfen und hätten auch die anderen Grundrechtsverletzungen (Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes in öffentlichen Bereichen, Kontaktsperrern, Ausgangssperren undsoweiter) nicht betreiben dürfen.

Spätestens im Januar 2021, nachdem sich zeigte, dass in Schweden, Brasilien und Belarus im Corona-Jahr 2020 im Vergleich zu den Vorjahren keine auffallende Zunahme von Todesfällen zu verzeichnen war, hätte die Angezeigte aufgrund ihrer Funktion als Bundeskanzlerin den Lockdown und die anderen von der Angezeigten und ihren Komplizen betriebenen unnötigen repressiven Massnahmen unverzüglich beenden müssen.

Denn jeder Schüler kann aufgrund der oben genannten Fakten und Zahlen mühelos erkennen, dass von Coronaviren keine besonderen Gefahren ausgehen. Denn andernfalls hätte die Todesrate in denjenigen Staaten, welche keinen Lockdown angeordnet haben, im Corona-Jahr 2020 (als noch kein Impfstoff erhältlich war) erkennbar über der üblichen Todesrate liegen müssen, was nicht der Fall war.

Anstelle die von der Angezeigten und ihren Ministern im Corona-Jahr 2020 verfügten Grundrechtsverletzungen unverzüglich zu beenden, haben die Angezeigte und ihre Komplizen ihre verbrecherische Agenda fortgesetzt und noch intensiviert und haben die Bevölkerung infolge der Fortsetzung von Falschinformationen und der Androhung von beruflichen Nachteilen dazu genötigt sich impfen zu lassen, nachdem die oben genannten Pharmazie-Unternehmen Johnson & Johnson und Pfizer sowie weitere Impfstoffhersteller im Frühjahr 2021 Impfstoffe gegen Coronaviren auf den Markt gebracht hatten.

Besonders verwerflich ist, dass die Angezeigte und ihre Komplizen die Bevölkerung durch repressive Massnahmen zur Impfung nötigen, obwohl

1

Der Verlauf in Schweden, Belarus und Brasilien im Jahr 2020 zeigt, dass Coronaviren nicht oder nur unwesentlich bedrohlicher sind als wie Grippeviren und ein Lockdown nicht erforderlich ist

2.

weil die Impfstoffe unter Missachtung der Sicherheitsvorschriften in Form einer Notzulassung respektive infolge eines beschleunigten Verfahrens auf den Markt geworfen wurden und keine Langzeiterfahrungen zu Risiken und Nebenwirkungen vorliegen.

Auch ist unter rationalen Aspekten nicht nachvollziehbar, warum Personen, welche nicht zu den Risikogruppen zählen dazu genötigt werden sich impfen zu lassen. Natürlich sollten Personen, welche zu den Risikogruppen zählen, ein Impfangebot erhalten und auch allen anderen Personen, welche das unkalkulierbare Risiko eingehen wollen, infolge einer Impfung kurzfristig oder langfristig Gesundheitsschäden zu erleiden.

Es ist allerdings kein einziger rationaler Grund ersichtlich, warum die Angezeigte und ihre Komplizen eine allgemeine Impfpflicht als verhältnismässig deklarieren.

Zwar versuchen die Komplizen der Angezeigten, zu welchen der Leiter des Robert-Koch-Instituts Lothar Wieler zählt, gegenüber der Bevölkerung mithilfe von lächerlichen Tricks und Lügen weiterhin vorzutäuschen, dass von den Coronaviren eine exorbitante tödliche Gefahr für die Bevölkerung ausgehen würde und dass von 50.000 infizierten Personen angeblich 400 Personen sterben würden.

https://www.focus.de/gesundheit/coronavirus/rki-chef-lothar-wieler-wenn-sich-50-000-menschen-infizieren-werden-400-von-ihnen-sterben_id_24455614.html

Diese Sachdarstellungen sind nachweislich falsch, wie der oben genannte Verlauf in Schweden, in Brasilien und in Weissrussland zeigt.

Es handelt sich hierbei exakt um dieselbe Betrugsmasche, mit welcher die Angezeigte und ihre Komplizen zugunsten der Pharmazie den kostenintensiven Ankauf von Schweinegrippen-Vakzinen begründet hatte.

Gleichzeitig nehmen die Angezeigte und ihre Komplizen billig in Kauf, dass zahllose Menschen infolge von Nebenwirkungen der hochrisikobehafteten Impfstoffe an der Gesundheit geschädigt

werden und/oder versterben wie zum Beispiel Beschäftigte der Bundeswehr, welche unter Androhung von disziplinarischen Massnahmen und der Vernichtung ihrer Karriere von der Angezeigten und ihren Komplizen dazu gezwungen werden sich impfen zu lassen.

<https://www.rtl.de/cms/bundeswehr-fuehrt-impfpflicht-ein-4871602.html>

Aus den oben genannten Gründen erfüllt das Verhalten der Angezeigten und der Komplizen der Angezeigten mutmasslich die Tatbestandsvoraussetzungen der amtsmissbräuchlichen räuberischen Erpressung in Tateinheit mit vorsätzlicher schwerer und gefährlicher Körperverletzung und (versuchtem) Mord gemäss § 211 StGB.

Die Qualitätsmerkmale der § 211 StGB liegen mutmasslich deshalb vor, weil die Angezeigte und ihre Komplizen aus niederen Motiven (finanzielle Vorteile von Pharmazie-Aktionären) und gleichzeitig amtsmissbräuchlich handeln sowie aufgrund der Arglosigkeit der Opfer der Angezeigten, welche teils auf die Tricks und falschen Sachdarstellungen der Angezeigten und ihrer Komplizen hereinfallen und sich die risikobehafteten Vakzine freiwillig impfen lassen oder welche die kriminelle Handlungsweise der Angezeigten und ihrer Komplizen durchschauen und aufgrund der von der Angezeigten und ihren Komplizen betriebenen Kriminalisierung von Impfverweigerern (Ordnungsstrafen, Haftstrafen) und der drohenden Vernichtung ihrer beruflichen Existenz nur die Wahl haben sich die risikobehafteten und gesundheitsschädigenden Substanzen injizieren zu lassen und in dieser Folge unkalkulierbare gesundheitliche Risiken bis hin zum Exitus (z. B. infolge von möglichen Langzeitschäden) auf sich zu nehmen oder kriminalisiert und inhaftiert zu werden und ihre Familien in Zukunft auf Basis von H4 zu ernähren, was ebenfalls auf einen vorzeitigen Tod hinauslaufen dürfte.

Denn die von Gerhard Schröder (SPD) und Joschka Fischer (Grüne) und Katrin Göring-Eckardt (Grüne) im Zeitraum der rot-grünen Legislaturperiode in den Jahren 1998 bis 2005 betriebene Demontage der sozialen Standards hat dazu geführt hat, dass einkommensschwache Anteile der Bevölkerung in Krankheit und Alter keinen ausreichenden Zugang mehr zu einer kunstgerechten medizinischen und zahnmedizinischen Behandlung, Medikamenten und anderen therapeutischen Hilfsmitteln haben.

Unter anderem wurden Medikamente aus dem Leistungskatalog gestrichen, welche nicht verschreibungspflichtig sind. Allerdings dienen auch zahlreiche Medikamente der Linderung von Schmerzen und/oder der Heilung, die nicht verschreibungspflichtig sind, denn die Verschreibungspflicht sagt nichts über die Wirksamkeit der Medikamente aus, sondern besagt nur, dass diese Medikamente gesundheitsschädigende Nebenwirkungen haben. Eine logische Begründung dafür, warum die Krankenkassen Medikamente, welche nicht verschreibungspflichtig sind, nicht mehr finanzieren sollen, wurde nicht bekannt.

Die tödlichen Reformen waren dazu dienlich einkommensschwachen Kranken den Zugang zu einer ausreichenden Krankenversorgung zu entziehen und die Kosten für die Behandlung und Medikamente und im Falle des vorzeitigen Sterbeeintritts zudem die Renten und andere Sozialleistungen zu sparen. Diejenigen Grünen, welche die rechtswidrige, auf das Töten von armen Patienten zielenden "Gesundheitsreformen" von Herrn Schröder und des damaligen grünen Vizekanzlers Joschka Fischer ablehnten, wurden von Frau Göring-Eckardt und Herrn Schröder im Vorfeld der Abstimmung persönlich auf Linie gebracht,

Zitat aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 26.09.2003

"Katrin Göring-Eckardt in der Rolle der Fraktionsvorsitzenden der Grünen ruft bei Schröder an und bittet, einige Grünen-Abgeordnete noch mal persönlich ins Gebet zu nehmen"

Zitatende

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/reformen-der-widerspenstigen-zaehmung-oder-die-eigene-mehrheit-1114652.html>

Der damals amtierende grüne Bundesvizekanzler Joschka Fischer hatte sogar extra eine Auslandsreise abgebrochen um den tödlichen Reformen zur Durchsetzung zu verhelfen.

Zitat

"Fischer als Außenminister bricht seine Reise nach New York ab und begibt sich auf die Heimreise, um zur Rettung der eigenen Mehrheit zu schreiten."

Zitatende

Zu den Opfern der oben genannten Akteure zählen nicht nur alte Menschen, welchen Herr Schröder, Herr Fischer, Frau Göring-Eckardt und die anderen Akteure in Tötungsabsicht den Zugang zu einer ausreichenden medizinischen Behandlung erschwert bzw. verwehrt haben, sondern auch Kinder, Alleinerziehende und Kranke mit bescheidenem Einkommen.



Katrin Göring-Eckardt ist eine notorische Krankenmörderin

Im Zuge der tödlichen Reformen hatten die oben genannten Akteure die sogenannte Krankenhauspauschale eingeführt, welche zu einer chronischen Unterfinanzierung, Stellenabbau und zunehmend tödlichen Verhältnissen in vielen Krankenhäusern geführt hat, wenn die überlasteten Beschäftigten die hygienischen Standards und die anderen Regeln der medizinischen Kunst nicht aufrechterhalten können.

Die Demontage der sozialen Standards erfolgte im Einvernehmen mit der Angezeigten zu Ziff. 1, welche damals Oppositionsführerin im deutschen Bundestag war. Nachdem die Angezeigte im Jahr 2005 zur Bundeskanzlerin gewählt wurde, hat die Angezeigte die tödlichen Reformen der rot-grünen Vorgängerregierung im Bereich der Krankenversorgung fortgesetzt und noch intensiviert.

6. Grüne, Krankenmord als Parteiprogramm

Besonders katastrophale Verhältnisse in der Krankenversorgung liegen in Baden-Württemberg vor, wo der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann von den sowieso schon überlasteten Beschäftigten der Universitätskliniken verlangt, dass diese nicht nur die Kranken versorgen, sondern zudem eine Rendite erwirtschaften sollen. Einem Bericht der Beschäftigten der Universitätsklinik Freiburg im Personalratsjournal "Personalrat Aktuell" im Mai 2015 kann entnommen werden, dass die andauernde Unterfinanzierung zu katastrophalen bzw. zu tödlichen Verhältnissen im OP und in der Pflege geführt hat, weil wegen fehlenden Personalstellen immer wieder Operationen abgesagt werden müssen und/oder anstelle von ausgebildeten Fachkräften Auszubildende herangezogen werden müssen undsoweiter.

Geschockte junge Eltern beklagen, dass ihr Kind in der Geburtsabteilung der Universitätsfrauenklinik Freiburg unter Qualen verstorben sei, weil qualifiziertes Personal fehlt.

Zitat

"Das gesamte Team hat nichts für mein armes Baby gemacht. Sie haben es jämmerlich und qualvoll sterben lassen, ohne auch nur wenigstens etwas versucht zu haben."

Zitatende

Name und Anschrift der Eltern sind hier bekannt

Bezeichnenderweise sorgt die Universität Freiburg auch immer wieder aufgrund von Wissenschaftsbetrug für Schlagzeilen.

https://www.nzz.ch/panorama/forschungsskandal_freiburg-ibr_sportmedizin-1.18673858

Auch diese Straftaten werden von Kretschmann und der grünen Wissenschaftsministerin von Baden-Württemberg Theresia Bauer und der Vertreterin von Frau Bauer im Freiburger Universitätsrat Simone Schwanitz seit Jahren vertuscht und gefördert.

Der designierte grüne Vizekanzler Robert Habeck in Freiburg studiert. Es wurde nicht bekannt, ob die Doktorarbeit von Herrn Habeck schon einmal im Hinblick auf Plagiate geprüft wurde.

Bezeichnenderweise kann einem Rechtsgutachten der externen Wissenschaftler der Evaluierungskommission Freiburger Sportmedizin aus dem Jahr 2016 entnommen werden, dass die Freiburger Staatsanwälte (auf Weisung der Landesregierung von Baden-Württemberg) seit Jahren Straftaten an Patienten der Universitätsklinik Freiburg vertuschen und fördern (Prof. Dr. Heinz Schöch, LMU München).

Zudem kann dem Rechtsgutachten entnommen werden, dass die Staatsanwaltschaft Freiburg Ermittlungsakten vorschnell vernichtet habe, was dazu dienlich war diese einer Überprüfung durch die Mitglieder der Evaluierungskommission zu entziehen.

<https://de.scribd.com/doc/307326109/Finanzielle-und-strafrechtliche-Aspekte-im-Zusammenhang-mit-der-Dopingproblematik-in-der-Abteilung-Rehabilitative-und-Praventive-Sportmedizin-und-in-d>

Auch mehrere andere Kommissionsmitglieder (Werner Franke, Andreas Singler usw.) klagten öffentlich über rechtswidrige Verhältnisse im Bereich der Universitätsklinik Freiburg und im Bereich der Justizbehörden in Freiburg und Karlsruhe.

Anscheinend ist in der internationalen Pharmazie-Szene bekannt, dass die Justizbehörden in Baden-Württemberg Straftaten an Patienten zugunsten von Pharmazie-Aktionären vertuschen und fördern. Deshalb siedeln in Freiburg Filialen von amerikanischen Medizinprodukte-Firmen an wie zum Beispiel die Firma Zimmer/Biomet, welche von Freiburg aus die ganze Bundesrepublik mit gesundheitsschädigenden und tödlichen Medizinprodukten überschwemmen und zwar auch dann, wenn das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte vom Freiburger Regierungspräsidium verlangt, dass das Regierungspräsidium den Vertrieb aufgrund einer akuten Gefährdung der Bevölkerung untersagen soll. Solche Forderungen interessieren in Freiburg niemanden. Denn die Täter können sich darauf verlassen, dass ihre gewinnbringenden Verbrechen an der Bevölkerung von den weisungsgebundenen Freiburger Staatsanwälten und von Kretschmann und seinen Ministern persönlich vertuscht und gefördert werden. Das beweisen Gerichtsakten, welche die zensierte regionale Presse gegenüber der Bevölkerung in weiten Teilen verschweigt.

Auch dann, nachdem eine Freiburger Selbsthilfegruppe verlangt hatte, dass das Freiburger Regierungspräsidium den Vertrieb endlich untersagen solle, hat das Regierungspräsidium es pflichtwidrig unterlassen den Vertrieb zu unterbinden und hat seine pflichtwidrige Untätigkeit damit begründet, dass die Firma möglicherweise eine Schadensersatzklage gegen das Land Baden-Württemberg führen werde, wenn das Regierungspräsidium den gewinnbringenden (tödlichen) Vertrieb untersagen würde.

<https://www.badische-zeitung.de/freiburger-rp-verhinderte-marktruecknahme-der-skandalprothesen--57325156.html>

Deshalb wurden bundesweit zahllose Menschen an der Gesundheit geschädigt oder sind unter Qualen gestorben. Das zeigen Berichte in medizinischen Fachzeitingen. Erst dann, als Krankenhausärzte aus mehreren Bundesländern aufgrund der gesundheitsschädigenden und tödlichen Nebenwirkungen der Freiburger Medizinprodukte verlangt hatten, dass das Freiburger Regierungspräsidium den Vertrieb endlich unterbinden solle, hat die Firma Zimmer/Biomet den Vertrieb dann nach eigenen Angaben endlich eingestellt, "weil die Nachfrage zurückgegangen wäre".

Bezeichnenderweise konnte das Regierungspräsidium nicht erklären, warum das Regierungspräsidium glaubt, dass die Gewinnmaximierung von Pharma-Aktionären Vorrang vor dem grundgesetzlichen Anspruch der deutschen Bevölkerung auf Leben und körperliche Unversehrtheit aus Art. 2 Abs. 2 Grundgesetz haben soll. Selbst für den Fall, dass die Zimmer-Aktionäre oder das Land Baden-Württemberg durch ein Vertriebsverbot einen finanziellen Schaden erlitten hätten, so hätte das Regierungspräsidium gleichwohl den Vertrieb unterbinden müssen. Auch ist es sehr unwahrscheinlich, dass eine Schadensersatzklage der Firma Zimmer/Biomet gegen das Land Baden-Württemberg Erfolg gehabt hätte. Denn die vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte festgestellte Gefährdung durch die Medizinprodukte beruhte darauf, dass diese erhebliche Herstellungsmängel aufgewiesen haben. Deshalb wäre ein Schadensersatzklage der Firma/Zimmer gegen das Land Baden-Württemberg vorhersehbar ohne Erfolg geblieben. Aufgrund der Feststellungen des Bundesamtes für Arzneimittel und Medizinprodukte wäre das Freiburger Regierungspräsidium dazu verpflichtet gewesen den Vertrieb der gesundheitsschädigenden und potentiell tödlichen Produkte umgehend zu unterbinden, das Regierungspräsidium hatte aufgrund der in Deutschland vorherrschenden Rechtslage keinen Ermessensspielraum.

Das pflichtwidrige Unterlassen der vom Bfarm verlangten Massnahmen (Vertriebsverbot) erfüllt nach deutschem Recht mutmasslich den Tatbestand der (versuchten) schweren und gefährlichen Körperverletzung und des (versuchten) Mordes in tausenden Fällen. Das Qualifikationsmerkmal des Mordes gem. § 211 StGB liegt vor, weil die Täter aus niederen

Motiven gehandelt haben (finanzielle und berufliche Vorteile) und weil die Opfer besonders arglos und wehrlos waren.

Aber die Täter haben in Baden-Württemberg keine Strafverfolgung zu gewährleisten, weil Herr Kretschmann und seine Minister die Täter persönlich protegieren und zu diesem Zweck die Justizbehörden seit Jahren mit linientreuen und kriminellen Personen besetzen, welche die gewinnbringenden Straftaten an der Bevölkerung vertuschen und fördern bis hin zum Krankenmord

An der Spitze der Täter stehen (neben Kretschmann) der Justizminister von Baden-Württemberg Guido Wolf (CDU, 2016 bis 2021), sein Amtsvorgänger Rainer Stickelberger (SPD, 2011 bis 2016) die Staatsanwälte der Staatsanwaltschaft Freiburg sowie die Justiziere der Ärztekammer Südbaden mit Sitz in Freiburg Franziska Scheuble und Wolfgang Oswald, welche eine Doppelfunktion einnehmen: Einmal als Justiziarin der Bezirksärztekammer und zudem als Staatsanwältin der Staatsanwaltschaft Freiburg (Franziska Scheuble) und als Justiziar der Bezirksärztekammer Südbaden und zudem als Richter am Landgericht Freiburg (Wolfgang Oswald). In beiden Positionen vertuschen und fördern Scheuble und Oswald im Auftrag von Kretschmann und im Auftrag der Universität Freiburg schon seit Jahren Straftaten an Patienten bis hin zum Krankenmord.

Eine Rechtsaufsicht existiert in Baden-Württemberg nicht, weil Herr Kretschmann und seine Minister an der Spitze der Täter stehen.

Die Freiburger Staatsanwälte haben es unter anderem pflichtwidrig unterlassen Anklage wegen (versuchter) Körperverletzung und (versuchten) Tötungsdelikten gegen die verantwortlichen Personen der Firma Zimmer/Biomet und im Freiburger Regierungspräsidium zu erheben, nachdem das Regierungspräsidium die Aufforderung des Bundesinstituts für Arzneimittelprodukte und Medizinprodukte demonstrativ missachtet hatte. Stattdessen sahen Frau Scheuble und Herr Oswald und die anderen Staatsanwälte (und der Freiburger Stadtrat unter dem damals amtierenden grünen Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon) seelenruhig zu wie aufgrund des fortdauernden Vertriebs jahrelang bundesweit zahllose Menschen an der Gesundheit geschädigt wurden, teils unter Qualen gestorben sind.

Das pflichtwidrige Unterlassen der gebotenen Anklage gegen die verantwortlichen Personen der Firma Zimmer/Biomet und des Freiburger Regierungspräsidiums durch die Freiburger Staatsanwälte war dazu dienlich die gewinnbringenden Verbrechen der Firma Zimmer/Biomet an der bundesweiten Bevölkerung zu fördern und zu vertuschen und sich in dieser Folge gleichzeitig selber für eine Beförderung und die damit einhergehenden finanziellen Vorteile zu profilieren.

Für den Präsidenten des Freiburger Regierungspräsidiums Julian Würtenberger (CDU) haben sich die Verbrechen an der bundesweiten Bevölkerung gelohnt. Denn 2016 hat Herr Kretschmann Herrn Würtenberger zum stellvertretenden Innenminister von Baden-Württemberg unter Thomas Strobl (CDU) befördert

Auch in anderen Universitätsstädten in Baden-Württemberg liegen katastrophale Verhältnisse vor. Zum Beispiel mussten die Beschäftigten der Universitätsklinik Mannheim die Patienten jahrelang mit unsterilen und schrottreifen chirurgischen Instrumenten zu Tode operieren (an welchen tote Fliegen, Gewebsreste, Knochensplitter usw. klebten) , weil die verantwortlichen Personen in der Krankenhausleitung, im Aufsichtsrat und in der Landesregierung es pflichtwidrig ablehnten zugunsten der Gewinnmaximierung die notwendigen Verbesserungen in der Sterilisationsabteilung zu veranlassen, die zahlreichen Dienstaufsichtsbeschwerden der Krankenhausbeschäftigten blieben ohne Berücksichtigung.

Deshalb waren die Infektionszahlen in Mannheim jahrelang höher als wie in Dritte-Welt-Staaten, zehntausende Patienten erlitten Gesundheitsschäden und/oder starben

Erst dann, als die verzweifelten Krankenhausbeschäftigten schlussendlich selber Strafanzeige erstattet hatten und überregionale Medien über den Skandal berichteten, wurden neue chirurgische Bestecke angeschafft und die Krankenhausleitung kündigte eine Verbesserung der unzureichenden personellen Situation in der Sterilisationsabteilung an.

<http://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2015-09/hygiene-uniklinik-mannheim-op-besteck-koerperverletzung>

Vor wenigen Monaten berichteten die Zeitungen, dass die (weisungsgebundenen) Mannheimer Staatsanwälte die gebotene Anklage (wegen schwerer und gefährlicher Körperverletzung, Tötungsdelikten und organisierter Kriminalität) gegen die verantwortlichen Personen in der Krankenhausleitung, im Aufsichtsrat und in der Landesregierung von Baden-Württemberg unterlassen haben und lediglich Anklage wegen Verstosses gegen das Medizinproduktegesetz erhoben haben.

<https://www.morgenpost.de/vermishtes/article216411629/Aus-Hygieneskandal-an-Uniklinik-Mannheim-wird-Justizskandal.html>

Die Erhebung der öffentlichen Klage gegen die verantwortlichen Personen im Bereich der Krankenhausleitung und der Krankenhausaufsicht wegen Körperverletzung und Tötungsdelikten ist geboten, weil die Täter infolge pflichtwidriger Untätigkeit billig in Kauf genommen haben, dass zahllose Patienten schwerwiegende Gesundheitsschäden und/oder den Tod erleiden. Hierbei ist nicht von Bedeutung, ob eine Kausalität zwischen dem pflichtwidrigen Unterlassen der Bereitstellung einer kunstgerechten Sterilisation und den aufgetretenen Schadensfällen nachgewiesen werden kann oder nicht, weil bereits der Versuch strafbar ist. Ein Versuch liegt vor, weil die Täter Gesundheitsschäden und Todesfälle aus niederen Motiven billig in Kauf genommen haben.

Diesen einfachen juristischen und tatsächlichen Sachverhalt konnten die Mannheimer Staatsanwälte angeblich nicht erkennen.

Das pflichtwidrige Unterlassen der gebotenen Anklage gegen die verantwortlichen Personen des Hygieneskandals durch die Staatsanwaltschaft erfüllt mutmasslich den Tatbestand der Rechtsbeugung und der Strafvereitelung im Amt. Als besonders schwerwiegend erscheint, dass das rechtswidrige Unterlassen der gebotenen Anklage dazu dienlich ist Nachahmungstäter zu ermutigen, welche die gewinnbringenden Verbrechen in den Krankenhäusern zugunsten ihrer eigenen beruflichen Profilierung und dem damit einhergehenden geldwerten Vorteil dann fortsetzen.

Eine Rechtsaufsicht existiert nicht, weil Herr Kretschmann und seine Minister an der Spitze der Täter stehen und die Justizbehörden und andere relevante Stellen mit linientreuen und kriminellen Personen besetzen, welche die gewinnbringenden Verbrechen an der Bevölkerung infolge Anruf aus dem Ministerium in Stuttgart vertuschen und fördern. Das zeigen unter anderem die hier bekannten handschriftlichen Aufzeichnungen einer Freiburger Amtsrichterin in den Gerichtsakten. Nachdem die Amtsrichterin die gewünschte Rechtsbeugung geliefert hatte, wurde die Amtsrichterin zur Richterin am Landgericht Freiburg befördert.

Nach diesem Muster werden in Baden-Württemberg und in Deutschland immer wieder Staatsanwälte und Richter befördert, wie zum Beispiel auch die Fallgeschichte der ehemaligen Amtschefin des Justizministeriums von Baden-Württemberg Bettina Limperg anschaulich zeigt, welche die oben genannten und andere gewinnbringende Verbrechen in der Krankenversorgung

und in der Justiz im Zeitraum von 2011 bis 2014 von Stuttgart aus vertuscht und gefördert hat und zur Belohnung für ihre Mitwirkung am gewinnbringenden Massenmord an der Bevölkerung (wahrscheinlich auf Vorschlag von Herrn Kretschmann) von der Angezeigten und ihren Ministern im Jahr 2014 zur Präsidentin des Bundesgerichtshofs berufen wurde. Frau Limperg zählt zum Universitätsrat der Universität Freiburg. Deshalb zählen in Freiburg Wissenschaftsbetrug und Krankenmord zum Normalfall.

Bereits in den Vorjahren hatten die Angezeigte zu Ziff. 1 und ihre Minister den ehemaligen Rektor der Universität Freiburg und Aufsichtsratsvorsitzenden der Universitätsklinik Freiburg Andreas Vosskuhle zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts berufen. Herr Vosskuhle missbrauchte das Richteramt nachfolgend unter anderem dazu unter Verletzung der §§ 18,19 Bundesverfassungsgerichtsgesetz Straftaten an Patienten der Universitätsklinik Freiburg zu vertuschen, welche unter seiner Rechtsaufsicht erfolgten, als Herr Vosskuhle Aufsichtsratsvorsitzender der Universitätsklinik Freiburg war.

Bezeichnenderweise kann der Seite fünf in einem Bericht im Handelsblatt aus dem Jahr 2013 entnommen werden, dass Herr Vosskuhle während eines Studentenempfangs in Oxford in angetrunkenem Zustand damit geprahlt habe, mit welchen Methoden Herr Vosskuhle das Recht zu beugen pflegt um die rechtswidrige europäische Finanzpolitik der Angezeigten zu Ziff. 1 zu sanktionieren:

Mit Verfahrensverschleppung und mit Scheinargumenten, auf welche das Gericht immer zurückgreifen könne.

<https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastbeitrag-zur-rettungspolitik-schuldenfinanzierung-ueber-die-druckerpresse/8069108-5.html?ticket=ST-554371-CYeDCeAM9jhUisQ4rwR4-ap5>

Strafanzeigen gegen Karlsruher Richter sind sinnlos, weil die Staatsanwälte von Herrn Kretschmann und seinen Ministern instruiert werden. Auch zeigte die medienbekannte Causa Harald Range, dass die Angezeigte über ihren Justizminister Einfluss auf den Generalbundesanwalt nimmt um Ermittlungsverfahren auszubremsen, welche aus Sicht der Angezeigten nicht erwünscht sind.

Bezeichnenderweise wurde vor wenigen Monaten bekannt, dass die Pharmazie den Wahlkampf der Grünen mit gigantischen Summen unterstützt.

<https://www.n-tv.de/politik/Pharma-Erbe-spendet-halbe-Million-Euro-article22366584.html>

Diese finanziellen Abhängigkeiten der Grünen von der Pharma-Industrie können ebenfalls erklären, dass Kretschmann und der grüne Bundesvorstand eine allgemeine Impfpflicht verlangen.

Bezeichnenderweise zählt neben Herrn Kretschmann und Frau Baerbock und dem designierten grünen Vizekanzler Robert Habeck die eingangs erwähnte Frau Göring-Eckardt zu denjenigen Personen, welche lautstark eine allgemeine Impfpflicht fordern.

Es ist sachlich vollkommen abwegig zu glauben, dass diese Personen die Bevölkerung infolge einer Impfpflicht schützen wollen. Das Ziel ist die maximale Bereicherung der Pharma-Industrie, Impfschäden bis hin zum Exitus der Impflinge werden von den Angezeigten zu diesem Zweck billig in Kauf genommen.

7. CDU/CSU Krankenmord als Regierungsprogramm

Der Angezeigte zu Ziff. 5 verlangt ebenfalls lautstark, dass der Bund eine allgemeine Impfpflicht beschliessen solle.

Eine sachliche Begründung kann der Angezeigte ebenfalls nicht liefern. Dieser behauptet lediglich, dass die bayerischen Krankenhäuser überlastet wären.

Zwar mag zutreffen, dass in Bayern desolate Verhältnisse in der Krankenversorgung vorliegen. Dieser Sachverhalt kann aber nicht einmal im Ansatz eine bundesweite Impfpflicht begründen. Denn die (unterstellte) unzureichende Krankenversorgung in Bayern ist ausschliesslich auf den Mangel an Regierungskompetenz des Angezeigten und seiner Minister zurückzuführen. Denn schon vor Monaten warnten bundesweit Experten, dass mit Beginn der kalten Jahreszeit eine vierte Corona-Welle zu erwarten wäre.

Anstelle die Krankenversorgung auf den zu erwartenden Notstand vorzubereiten und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu beschliessen, liess der Angezeigte zahlreiche Krankenbetten abbauen.

Auch in anderen Bundesländern wurden im Verlauf der Corona-Pandemie absurderweise Krankenhausbetten abgebaut. Schon im Zeitraum von 2018 bis 2019 wurden bundesweit 4000 Krankenhausbetten abgebaut.

Beweis:

<https://www.abfallmanager-medizin.de/zahl-des-monats/abbau-von-4-000-krankenhausbetten-im-jahr-vor-corona/>

Dennoch haben die Deutschen anscheinend noch ausreichende Kapazitäten in den Krankenhäusern frei um Corona-Patienten aus den Niederlanden und anderen EU-Staaten nach Deutschland einzufliegen und zu behandeln, wie aktuelle Presseberichte zeigen

Deshalb ist es schlicht lächerlich, wenn die diskutierte allgemeine Impfpflicht mit einem Mangel an deutschen Krankenhausbetten begründet wird.

Darüberhinaus kann den aktuellen Medienberichten entnommen werden, dass der Angezeigte und seine Minister es pflichtwidrig unterlassen haben rechtzeitig ausreichend Impfstoff zu bestellen, weshalb aktuell in zahlreichen bayerischen Landkreisen Impfstoff fehlt und dass zahlreiche Impfwillige keine Impfung erhalten.

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/corona-impfung-in-bayern-bald-wieder-nur-mit-termin-nachfrage-steigt,SoqEZAc>

Auch daran zeigt sich, dass die von dem Angezeigten beklagte Überlastung der bayerischen Krankenhäuser auf der Unfähigkeit des Angezeigten und seiner Minister beruht.

Auch erschliesst sich nicht wie eine allgemeine Impfpflicht dazu beitragen soll dem von dem Angezeigten verschuldeten Mangel an Impfstoff abzuhelpen.

Die von dem Angezeigten provozierte unzureichende Krankenversorgung in Bayern und die Panikmache des Angezeigten sind dazu dienlich gegenüber der Bundesregierung vorzutäuschen, dass es erforderlich wäre zirka 15 Millionen ungeimpften Deutschen (zugunsten von Pharmazie-Aktionären) mittels staatlicher Gewaltanwendung hochrisikobehaftete Impfstoffe zu injizieren, welche zu schwerwiegenden Gesundheitsschäden und/oder zum Exitus führen können.

Deshalb besteht der Verdacht, dass das Verhalten des Angezeigten den Tatbestand der vorsätzlichen schweren und gefährlichen Körperverletzung und zudem den Tatbestand gem. § 211 StGB (Mord) erfüllt und zwar

- 1)
Sowohl im Hinblick auf die Demontage der Krankenversorgung, welche zu einer Überlastungssituation geführt hat sowie
- 2)
im Hinblick auf die unsinnige Forderung nach einer allgemeinen Impflpflicht und den damit einhergehenden gesundheitsschädigenden und tödlichen Risiken aufgrund der hochriskanten Impfstoffe

Soweit der Angezeigte in diesem Kontext den Anschein zu erwecken versucht, dass die von dem Angezeigten verlangte allgemeine Impflpflicht dazu dienlich wäre Gesundheitsschäden von der Bevölkerung abzuwenden, so handelt es sich hierbei erkennbar um blosse Lügenmärchen des Angezeigten. Denn der eingangs unter Absatz 2 geschilderte Verlauf in Schweden, in Brasilien und in Belarus, welcher dem Angezeigten und seinem Gesundheitsminister Klaus Holetschek und seinen anderen Beratern nicht entgangen sein kann, zeigt einwandfrei, dass Coronaviren keine besondere Gefahr für die Bevölkerung darstellen und dass Coronaviren im Wesentlichen nur hochaltrige und schwerkranke Personen gefährden.

Diese können – ebenso wie in Schweden – mühelos durch geeignete Massnahmen geschützt werden.

Eine allgemeine Impflpflicht oder ein Lockdown und eine Maskenpflicht sind weder notwendig noch verhältnismässig.

Mit freundlichen Grüssen

Anne Meier, uni.times@web.de

Post Skriptum

Bei der Unterschrift handelt es sich um ein Pseudonym, weil Herr Kretschmann und seine Minister Beschwerdeführer von linientreuen Staatsanwälten und Richtern ohne Sachprüfung wegen angeblicher Beleidigung kriminalisieren und zu Haftstrafen verurteilen lassen